

Beschluss

der 25. Landesdelegiertenversammlung

PFAS: Risikovorsorge ja, aber mit Vernunft

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Nordrhein-Westfalen fordert:

- Eine Rückkehr der ECHA zum bisherigen stoffspezifischen risikobasierten Vorgehen, statt der Pauschalbeschränkung einer ganzen Stoffgruppe mit über 10.000 Verbindungen.
- Eine zeitnahe Klarstellung der Europäischen Kommission, dass insbesondere langkettige Polymere in kritischen Anwendungen nicht von einem Verbot erfasst werden, damit die betroffenen Unternehmen so schnell wie möglich Planungssicherheit haben.
- Eine breite Abwägung, die neben dem jeweiligen stoffspezifischen Risiko einbezieht,
 - ob es zu Stoffeinträgen in die Umwelt kommt,
 - ob es gleichwertige Ersatzstoffe gibt,
 - wie sich die Beschränkung auf Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit auswirkt und
 - welche ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen eine Beschränkung des betrachteten Stoffes hätte.
- Die Ausnahme von Fluorpolymeren als „Polymer of Low Concern“ nach OECD-Einstufung von dem Beschränkungsossier, was auch die Nutzung von Fluorpolymeren in Anlagen sowie deren Ersatzteile einschließt.

- Einen Einsatz von PFAS, wo sie der Sicherheit und dem Schutz von Mensch und Umwelt dienen, denn der Schutz von Leben geht vor.
- Eine Ausnahme von bisher nicht substituierbaren Stoffen und Produkten, einschließlich deren Vorstufen, Hilfsstoffen und Zwischenprodukten.
- Finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung (z. B. zu adäquaten Substituten, Auswirkungen auf den menschlichen Körper und Sanierungstechnologien).
- Vorschläge zu Übergangsfristen und anschließender Bewertung und Evaluierung, um Verwendungen zu identifizieren, bei denen keine stoffliche oder technische Substitution möglich ist.

1. Die deutsche Kunststoffindustrie steht vor immensen Herausforderungen

Kunststoffe sind in fast allen Lebensbereichen anzutreffen. Aufgrund ihrer vielfältigen Eigenschaften, ihres Preises und ihrer Umweltwirkung sind sie im Vergleich zu vielen anderen Materialien oft das funktional, ökonomisch und ökologisch vorteilhafteste Material. Dies soll die Probleme, die Kunststoffe vor allem am Ende ihrer Nutzungsdauer verursachen, nicht negieren. Hier besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf. Deutschland und insbesondere Nordrhein-Westfalen gehören zu den wenigen Regionen, in denen die komplette Wertschöpfungskette Kunststoff angesiedelt ist. Die Gaspreiserhöhung aufgrund des Ukrainekrieges und die Inflation, stellen die gesamte Kunststoffwertschöpfungskette vor enorme Herausforderungen.

2. Unternehmen in der Krise nicht überfordern

Genau in dieser Situation hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke, in Kooperation mit dem Umweltbundesamt und vier weiteren Behörden aus den Mitgliedstaaten, einen Vorschlag für ein weitreichendes Verbot bestimmter Kunststoffverbindungen gemacht. Die Europäische Chemikalien Agentur hat diesen Vorschlag aufgegriffen. Es handelt sich um eine über 10.000 Verbindungen umfassende Stoffgruppe der per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS). Dieser Vorschlag hätte nicht nur für die gesamte Wertschöpfungskette Kunststoff, sondern für die gesamte deutsche Industrie dramatische Folgen.

Die in der Natur nicht vorkommenden, wasser- und fettabweisenden PFAS sind organische Verbindungen aus Kohlenstoffketten, bei denen die Wasserstoffatome vollständig oder teilweise durch Fluoratome ersetzt sind. Sie zeichnen sich durch

eine hohe Stabilität aus. Dies prädestiniert sie für Anwendungen, in denen eine hohe Druck-, Temperatur-, Säure-, Chemikalien- oder Reibungsbeständigkeit gefordert ist. Sie werden etwa für Gleitlager und Dichtungen, Rohrauskleidungen, Pumpen, Ventile, in Membranen, Medizinprodukten, der Chipherstellung, im Fahrzeug- oder Flugzeugbau und vielem mehr verwendet, aber auch in Feuerlöschschäumen, Imprägnierungen von Kleidung oder von Papier oder Hochleistungsschmierstoffen. Ihr Vorteil der hohen Stabilität beinhaltet zugleich ein Risiko: Gelangen PFAS in die Natur, sind sie mobil, persistent und bioakkumulativ: Sie können sich in der Natur und Organismen anreichern. Einige Verbindungen sind toxisch oder stehen im Verdacht toxisch zu sein. Aus Gründen der Risikovorsorge und im Wesentlichen begründet mit der Persistenz und Anreicherung in der Umwelt hat die ECHA nun ein Beschränkungs-dossier für die gesamte Stoffgruppe vorgelegt. Es ist so restriktiv, dass es in weiten Teilen einem Verbot gleichkommt.

3. Risikovorsorge ja, aber mit Vernunft

Risikovorsorge ist wichtig. Der Schutz von Menschen, Tieren und unserer Umwelt gehört zu den festen Grundbestandteilen der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings müssen diese Ziele auf Basis einer rationalen Abwägung und nicht pauschalierten Urteilen getroffen werden.

Die riesige Stoffgruppe der PFAS kann in Subgruppen mit unterschiedlichen Eigenschaften unterteilt werden. Dies betrifft auch die Toxizität, die Mobilität oder die Frage der Persistenz und Bioakkumulation. So lassen sich niedermolekulare fluorierte Stoffe und langkettige Polymere unterscheiden. Die für die Kunststoffindustrie wichtigen 40 Fluorpolymere werden bisher von der OECD als „Polymer of Low Concern“ (PLC) und damit als unbedenklich eingestuft und werden als nicht toxisch, nicht wasserlöslich, nicht mobil, nicht bioakkumulativ, langlebig sowie thermisch, chemisch und biologisch stabil bewertet. Verbote von niedermolekularen flüchtigen Stoffen in Bereichen, wo sie leicht ersetzt werden können, sind sicherlich sinnvoll und einige dieser Verbote hat die Europäische Union bereits vor vielen Jahren ausgesprochen. Ein Totalverbot aller über 10.000 Substanzen geht jedoch zu weit. Fluorpolymere kommen in fast allen Industriebereichen zum Einsatz. Für viele Anwendungen gibt es keine adäquaten Substitute, die die gleichen Eigenschaften aufweisen. Sie sind derzeit weder aus den Kabelisolierungen in der

Elektroindustrie wegzudenken, noch in den Dichtungen und Rohrverkleidungen im Anlagenbau ohne die Anlagensicherheit zu senken. Sie werden zur Wasserstoffgewinnung genauso benötigt, wie für Lithium-Ionen-Akkus. In der Medizin sind sie zum Beispiel für medizinische Geräte ebenso unverzichtbar wie für die Herstellung von mRNA-Impfstoffen. Ein völliger Verzicht würde nicht nur die Transformation der Wirtschaft, sondern auch die Innovationsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft gefährden.